

Pressemitteilung

4. November 2015

Arbeitsmarkt

Stärkere Regulierung der Zeitarbeit verbaut Wege aus der Arbeitslosigkeit

Berlin – Die geplanten Einschränkungen der Zeitarbeit bedrohen die Arbeitsplatzchancen Geringqualifizierter. Darauf deuten wissenschaftlichen Daten hin, die der Arbeitsmarktexperte **Holger Schäfer (IW Köln)** heute Vormittag in Berlin vorstellte. Bei einer Veranstaltung der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** erinnerte Schäfer daran, dass knapp ein Viertel der Zeitarbeitnehmer keine berufliche Ausbildung habe.

Die Bundesregierung hatte in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, die Überlassungshöchstdauer von Zeitarbeitnehmern auf 18 Monate zu beschränken. Darüber hinaus soll festgelegt werden, dass Zeitarbeitnehmer künftig spätestens nach neun Monaten hinsichtlich des Arbeitsentgelts mit der Stammebelegschaft gleichgestellt werden. Ein entsprechender Gesetzentwurf dazu wird voraussichtlich in den kommenden Tagen vorgestellt.

Im Rahmen der INSM-Veranstaltung wies der Unionspolitiker **Albert Stegemann, MdB** und Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, darauf hin, dass die zusätzlichen Regelungen das bestehende Regelwerk ergänzen sollen „und nicht die wünschenswerten Funktionen beeinträchtigen.“ Zwar habe es früher Missbräuche gegeben, „für die geplante gesetzliche Änderung müssen wir allerdings die Zeitarbeit von heute betrachten. Heute ist dieser Bereich des Arbeitsmarktes weitgehend reguliert und hat seine feste Bedeutung“, erklärte Stegemann weiter. Er hoffe, dass eine gesetzliche Lösung gefunden werde, „die nicht dazu führt, dass wir Arbeitnehmern das Leben schwerer machen, als sie es ohnehin haben.“

„Zeitarbeit bietet vor allem Arbeitssuchenden eine gute Brücke in den Arbeitsmarkt“, erklärt der Geschäftsführer der INSM, **Hubertus Pellengahr**. Fast zwei Drittel der Zeitarbeitnehmer gingen unmittelbar vor ihrer Einstellung keiner Beschäftigung nach. „Wer diese Brücke zum Einsturz bringt ist verantwortlich, wenn die Arbeitslosigkeit Geringqualifizierter wieder ansteigt. Die Bundesregierung sollte daher auf zusätzliche und schädliche Einschränkungen verzichten“, so Pellengahr.

Weitere Informationen und eine Faktensammlung zum Thema Zeitarbeit finden Sie unter www.insm.de/Presse.

Pressekontakt

Pressesprecher INSM: Florian von Hennem, Tel. 030 27877-174; hennet@insm.de

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.